

## Lesefassung

### Hauptsatzung der Gemeinde Wilhelmsburg vom 12.05.2014

*bekannt gemacht im Amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Torgelow-Ferdinandshof Nr. 07/2014 vom 16.07.2014*

*mit eingearbeitetem Beschluss vom 03.11.2014 der 1. Änderungssatzung vom 24.11.2014 bekannt gemacht im Internet unter der Adresse <http://www.amt-torgelow-ferdinandshof.de/Bekanntmachungen> am 27.11.2014*

*mit eingearbeitetem Beschluss der Gemeindevertretung vom 14.11.2016 zur 2. Änderungssatzung vom 14.11.2016; bekannt gemacht im Internet unter der Adresse <http://www.amt-torgelow-ferdinandshof.de/> - Bekanntmachungen der Gemeinde Wilhelmsburg am 30.11.2016*

### Präambel

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 12.05.2014 und nach Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde nachfolgende Hauptsatzung erlassen:

#### § 1

#### Name / Dienstsiegel

- (1) Die Gemeinde Wilhelmsburg führt ein Dienstsiegel.
- (2) Als Dienstsiegel wird das kleine Landessiegel mit dem Wappenbild Vorpommerns ohne Schild mit der Umschrift "Gemeinde Wilhelmsburg Landkreis Vorpommern-Greifswald" geführt.

#### § 2

#### Ortsteile

Zum Gebiet der Gemeinde Wilhelmsburg gehören die Ortsteile Eichhof, Fleethof, Friedrichshagen, Mariawerth, Mühlenhof und Wilhelmsburg.

#### § 3

#### Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner

- (1) Der Bürgermeister beruft mindestens einmal im Jahr eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde ein. Die Versammlung kann auch örtlich begrenzt durchgeführt werden.
- (2) Anregungen und Vorschläge der Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner in Selbstverwaltungsangelegenheiten sollen der Gemeindevertretung in der folgenden Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.
- (3) Die Einwohnerinnen und Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung der Gemeindevertretung Fragen an alle Gemeindevertreterinnen und

Gemeindevertreter sowie den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Die Fragen, Vorschläge und Anregungen dürfen sich dabei nicht auf Beratungsgegenstände der nachfolgenden Sitzung der Gemeindevertretung beziehen. Für die Fragestunde ist eine Zeit von 30 Minuten vorzusehen.

- (4) Der Bürgermeister ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Gemeindevertretung über wichtige Gemeindeangelegenheiten zu berichten.

#### **§ 4**

#### **Gemeindevertretung**

- (1) Die Gemeindevertretung tagt öffentlich.
- (2) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen:
  1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen und Abberufungen
  2. Steuer- und Abgabenangelegenheiten Einzelner
  3. Grundstücksangelegenheiten
  4. Vergabe von Aufträgen.

Die Gemeindevertretung kann im Einzelfall, sofern rechtliche Gründe nicht entgegenstehen, Angelegenheiten der Ziffern 1 – 4 in öffentlicher Sitzung behandeln.

- (3) Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern sollen spätestens fünf Arbeitstage vor der Sitzung beim Bürgermeister eingereicht werden. Mündliche Anfragen während der Sitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung beantwortet werden, spätestens innerhalb von vierzehn Tagen schriftlich beantwortet werden.

#### **§ 5**

#### **Ausschüsse**

- (1) Es wird ein Hauptausschuss gebildet.
- (2) Dem Hauptausschuss gehören neben dem Bürgermeister vier Gemeindevertreterinnen bzw. Gemeindevertreter an.
- (3) Außer den ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben obliegen dem Hauptausschuss alle Entscheidungen, die nicht nach § 22 Abs. 3 KV M-V der Gemeindevertretung vorbehalten sind bzw. durch die folgenden Vorschriften dem Bürgermeister übertragen werden. Davon unberührt bleiben die dem Bürgermeister gesetzlich zugewiesenen Aufgaben.
- (4) Der Hauptausschuss trifft Entscheidungen nach § 22 Abs. 4 KV M-V
  1. im Rahmen der Nr. 1,
    - bei Verträgen die auf einmalige Leistungen gerichtet sind, innerhalb einer Wertgrenze von 500,- bis 5.000,- €
    - sowie bei wiederkehrenden Leistungen innerhalb einer Wertgrenze von 250,- bis 2.500,- € der Leistungsrate, bis maximal 5.000,- € Jahresleistung.
  2. im Rahmen der Nr. 2
    - bei überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen innerhalb einer Wertgrenze von 10 – 20 % des betreffenden Sachkontos, jedoch nicht mehr als 10.000,- €

- sowie bei außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen innerhalb einer Wertgrenze von 1.000,- bis 5.000,- € je Fall.

3. im Rahmen der Nr. 3

- bei Veräußerung oder Belastung von Grundstücken innerhalb einer Wertgrenze von 500,- bis 5.000,- €,
- bei Hingabe von Darlehen, die innerhalb eines Haushaltsjahres zurückgezahlt werden, innerhalb einer Wertgrenze von 10.000,- bis 25.000,- €
- sowie bei Aufnahme von Krediten im Rahmen des Haushaltsplanes innerhalb einer Wertgrenze von 50.000,- bis 250.000,- €
- im Rahmen der Nr. 4 innerhalb einer Wertgrenze von 2.500,- bis 10.000,- €
- im Rahmen der Nr. 5 bei Verträgen innerhalb einer Wertgrenze von 5.000,- bis 50.000,- €

(5) Der Hauptausschuss trifft Entscheidungen nach § 44 Abs. 4 KV M-V über die Annahme oder Vermittlung einer Zuwendung ab 100,- bis 1.000,- €

(6) Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen im Sinne der Absätze 4 und 5 zu unterrichten.

(7) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen.

(8) Gemäß § 36 Abs. 2 Satz 6 KV M-V überträgt die Gemeinde Wilhelmsburg die Aufgaben eines Rechnungsprüfungsausschusses auf den Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes Torgelow-Ferdinandshof.

(9) Gemäß § 36 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern wird folgender Ausschuss gebildet:

<u>Name</u>	<u>Aufgabengebiet</u>	<u>Besetzung</u>
Ausschuss für Kultur und Sport	Beratung der Gemeindevertretung zu Fragen der Entwicklung von Kultur und Sport in der Gemeinde	2 Gemeindevertreter/innen 1 Sachkundige/r Einwohner/in

## § 6

### Bürgermeister

(1) Der Bürgermeister trifft Entscheidungen unterhalb der Wertgrenzen des § 5 Abs. 4 und 5 dieser Hauptsatzung.

(2) Der Bürgermeister entscheidet über die Vergabe von Aufträgen nach VOL und VOB bis zum Wert von 5.000,- €

(3) Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen im Sinne der Absätze 1 bis 2 zu unterrichten.

(4) Erklärungen der Gemeinde im Sinne des § 39 Abs. 2 S. 5 KV M-V bis zu einer Wertgrenze von 750,- € bzw. bei wiederkehrenden Verpflichtungen von 250,- € pro Monat können vom Bürgermeister allein bzw. durch einen von ihm beauftragten Bediensteten des Amtes in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt diese Wertgrenze bei 2.500,- €

- (5) Der Amtsvorsteher ist zuständig, wenn das Vorkaufsrecht der Gemeinde (§§ 24 ff. BauGB) nicht ausgeübt werden soll. Sofern von dem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht wird, obliegt die Entscheidung der Gemeindevertretung. Über die getroffenen Maßnahmen ist die Gemeindevertretung fortlaufend zu unterrichten.

## § 7 Entschädigung

- (1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung erhalten für die Teilnahme an Sitzungen
- der Gemeindevertretung
  - der Ausschüsse, in die sie gewählt sind,
- eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 35,- € nach Entschädigungsverordnung M-V.
- (2) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält eine monatliche funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 700,- €. Im Verhinderungsfall steht die Aufwandsentschädigung für die Dauer der Stellvertretung dem Stellvertreter zu.
- (3) Sitzungsbezogene Aufwandsentschädigungen werden neben einer funktionsbezogenen Aufwandsentschädigung nicht gewährt. Stehen mehrere sitzungsbezogene Aufwandsentschädigungen für einen Kalendertag zu, wird nur eine Entschädigung gewährt.

## § 8 Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde Wilhelmsburg erfolgen, soweit es sich nicht um solche nach dem Baugesetzbuch (BauGB) handelt, durch Veröffentlichung im Internet unter der Adresse <http://www.amt-torgelow-ferdinandshof.de/Bekanntmachungen>. Die Bekanntmachung und Verkündung ist mit Ablauf des Tages bewirkt, an dem die Bekanntmachung im Internet verfügbar ist. Dieser Tag wird in der Bekanntmachung vermerkt. Auf die im Internet erfolgte Bekanntmachung wird im „Amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Torgelow-Ferdinandshof“ hingewiesen, ausgenommen die Einberufung von öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung. Textfassungen der Satzungen werden zur Mitnahme während der Öffnungszeiten in der Verwaltung der geschäftsführenden Stadt Torgelow, Bahnhofstraße 2 in 17358 Torgelow bereitgehalten und können kostenpflichtig unter der Adresse: Amt Torgelow-Ferdinandshof, Bahnhofstraße 2, 17358 Torgelow bezogen werden.
- (2) Öffentliche Bekanntmachungen aufgrund von Vorschriften nach dem Baugesetzbuch (BauGB) erfolgen durch Abdruck im „Amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Torgelow-Ferdinandshof“. Es erscheint monatlich und wird allen Haushalten der Gemeinde Wilhelmsburg kostenlos zugestellt. Die Bekanntmachung und Verkündung ist mit Ablauf des Erscheinungstages bewirkt. Das „Amtliche Bekanntmachungsblatt des Amtes Torgelow-Ferdinandshof“ kann für auswärtige Interessenten gegen Erstattung der Versandkosten regelmäßig zugestellt werden.
- (3) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, so weit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.

- (4) Ist die öffentliche Bekanntmachung einer ortsrechtlichen Bestimmung in der Form des Absatzes 1 infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so erfolgt die Bekanntmachung durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln.

Die Bekanntmachungstafeln der Gemeinde befinden sich:

in Eichhof:	Straße der Einheit 86 (Buswartehalle)
in Fleethof:	Fleethof Nr. 6
in Friedrichshagen:	Friedrichshagen Nr. 22
in Mariawerth:	gegenüber dem Wohnhaus Mariawerth Nr. 3
in Mühlenhof:	an der Bushaltestelle
in Wilhelmsburg:	Straße der Freundschaft 11

Die Aushangfrist beträgt 14 Tage, soweit gesetzlich nicht etwas anderes vorgeschrieben ist. In diesen Fällen ist die Bekanntmachung in der Form nach Absatz 1 unverzüglich nachzuholen, sofern sie nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.

- (5) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Gemeindevertretung werden über die Bekanntmachung nach Abs. 1 hinaus an den Bekanntmachungstafeln gem. Abs. 4 zur Kenntnis gegeben.
- (6) Vereinfachte Bekanntmachungen erfolgen durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln gemäß Abs. 4.

## § 9

### **Stundung, Niederschlagung und Erlass von Geldforderungen**

- (1) Über Stundungsanträge entscheidet:

1. der Bürgermeister bei Beträgen	bis zu 2.500,- €
2. der Hauptausschuss bei Beträgen über 2.500,- € darüber die Gemeindevertretung.	bis zu 10.000,- €

- (2) Über Anträge zur Niederschlagung entscheidet.:

1. der Bürgermeister bei Beträgen	bis zu 1.250,- €
2. der Hauptausschuss bei Beträgen über 1.250,- € darüber die Gemeindevertretung.	bis zu 5.000,- €

- (3) Über den Erlass von Forderungen entscheidet:

1. der Bürgermeister bei Beträgen	bis zu 500,- €
2. der Hauptausschuss bei Beträgen über 500,- € darüber die Gemeindevertretung.	bis zu 1.500,- €

## § 10

### **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.  
Damit erhält die Satzung vom 12.05.2014 eine Fassung vom 30.11.2016.